

E-Mail-Newsletter

Nr. 192, 6. August 2015

Liebe Mitglieder, FörderInnen und Interessierte!

Die Zahl der Flüchtlinge wächst weiter. Mittlerweile gibt es weltweit über 60 Millionen Flüchtlinge, die meisten von ihnen sind Binnenflüchtlinge oder befinden sich in den Nachbarstaaten. Die Türkei ist mittlerweile das Land, das weltweit die meisten Flüchtlinge beherbergt. Auch nach Europa, Deutschland und Baden-Württemberg kommen immer mehr Flüchtlinge, im Juli 2015 kamen so viele Flüchtlinge nach Deutschland wie noch nie. Nach der Willkommensrhetorik im Jahr 2014 dominiert auch im grünrot regierten Baden-Württemberg immer mehr die Krisenrhetorik und das Krisenmanagement. Beim Flüchtlingsgipfel am 27. Juli kündigte die Landesregierung an, in den nächsten Monaten weitere rund 10.000 Plätze in der Erstaufnahme zu schaffen. Auch auf die Kommunen kommt bei der weiteren Unterbringung eine große Aufgabe zu. Der Flüchtlingsrat appelliert an alle Beteiligten, die nötigen Anstrengungen zu unternehmen, damit eine möglichst gute Aufnahme und Unterbringung gelingt, und die vielbeschworene gute Stimmung nicht kippen zu lassen. Insbesondere muss allen rassistischen und flüchtlingsfeindlichen Stimmen und Stimmungen mit Entschiedenheit entgegengetreten werden. In diesem Sinne wünschen wir eine anregende Newsletter-Lektüre im Dschungel von Flüchtlingspolitik und Flüchtlingsarbeit in Baden-Württemberg.

Der Vorstand und die Mitarbeiter/innen der Geschäftsstelle des Flüchtlingsrats

Hinweis: Wenn Sie am Ende der jeweiligen Beiträge auf „Weiterlesen...“ klicken, gelangen Sie zur ausführlichen Darstellung auf unserer Homepage und finden dort auch zahlreiche weitere Dokumente und Medienberichte.

1. FLÜCHTLINGSPOLITIK UND -ARBEIT IN BADEN-WÜRTTEMBERG

31.07.2015 **Zweiter Flüchtlingsgipfel der Landesregierung schnürt Maßnahmenpaket**

Weiterer Ausbau der Erstaufnahme, weitere Politik gegen Flüchtlinge aus Balkanstaaten

Während der erste baden-württembergische Flüchtlingsgipfel im Herbst 2014 - kurz nach der Zustimmung des Landes zum Sichere-Herkunftsstaaten-Gesetz - dazu diente, trotzdem die Bereitschaft zu einer Willkommenskultur für Flüchtlinge und für Integrationsmaßnahmen zu signalisieren, stand der zweite Flüchtlingsgipfel Ende Juli 2015 im Zeichen eines Krisenmanagements zur Bewältigung der Aufgaben angesichts der weiter steigenden Flüchtlingszahlen. So verkündeten die Vertreter/innen der Landesregierung die Bereitschaft, die Erstaufnahmeplätze im Land um weitere knapp 6.000 Plätze noch in diesem Jahr zu erweitern. Flüchtlinge aus dem Westbalkan, die keine Chancen im Asylverfahren haben, sollen schneller "rückgeführt" werden. Den Menschen aus dieser Region wurden aber auch legale Wege in den Arbeitsmarkt in Aussicht gestellt. Die am Gipfel beteiligten Kirchen forderten erneut ein "Bündnis für Flüchtlinge". [Weiterlesen ...](#)

27.07.2015 **Kundgebung beim Flüchtlingsgipfel**

Unter dem Motto "Humanität muss weiter Vorrang haben!" mobilisierte der Flüchtlingsrat Baden-Württemberg zu einer Kundgebung am Tag des Flüchtlingsgipfels. Etwa 100 Menschen versammelten sich am Schloßplatz. „Asyl ist Menschenrecht“, „Flüchtlingsschutz statt Rumgeschiebe“, „Roma haben kein sicheres Herkunftsland“ und „Refugees Welcome“ stand auf den Transparenten und Schildern. Der "Roma Balkan Express" vom Bodensee spielte auf. Da außer

dem Flüchtlingsrat keine VertreterInnen der oft gelobten ehrenamtlichen Initiativen zum Flüchtlingsgipfel geladen waren, forderten die DemonstrantInnen einen zeitnahen „ehrenamtlichen Flüchtlingsgipfel“ mit Ministerpräsident Kretschmann. [Weiterlesen ...](#)

27.07.2015 Redebeitrag Dr. Manfred Budzinski (Flüchtlingsrat BW) (PDF)

04.08.2015 Weitere neue Erstaufnahmestellen in Planung

Aufgrund der weiter steigenden Flüchtlingszahlen plant die Landesregierung die Einrichtung weiterer Erstaufnahmeeinrichtungen und Notunterkünfte. Beim Flüchtlingsgipfel am 27.7. wurde angekündigt, dass zu den bestehenden rund 9.000 Plätzen in den teils deutlich überfüllten Aufnahmezentren weitere knapp 10.000 Aufnahmeplätze geschaffen werden sollen. So soll in der ehemaligen Polizeiakademie in Wertheim (Main-Tauber-Kreis) eine LEA für ca. 1.000 Personen entstehen. In Neuenstadt am Kocher wurde eine Zelt-Notunterkunft für 200 Personen direkt an der Autobahn zur Entlastung der LEA Ellwangen kurzfristig eingerichtet. In Sigmaringen wurde in der vergangenen Woche eine LEA in der Staufenberg-Kaserne für bis zu 400 Menschen eröffnet. In Tübingen soll eine LEA in einem "Luftkissenzelt" neben dem Landratsamt eingerichtet werden.

30.07.2015 Asylsuchende ohne Asylantragstellung erhalten in Baden-Württemberg derzeit Duldungsbescheinigungen

Als „Interimslösung“ hat das baden-württembergische Innenministerium die Ausländerbehörden angewiesen, Asylsuchenden, die bislang keinen formalen Asylantrag beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge stellen konnten, eine Duldungsbescheinigung auszustellen. [Weiterlesen ...](#)

17.07.2015 "Chancen gestalten" beginnt

Landesprogramm zur Sprachförderung und Arbeitsmarktintegration von Flüchtlingen seit 17. Juli in Kraft

Am 24. März hat die Landesregierung das Programm "[Chancen gestalten - Wege der Integration in den Arbeitsmarkt öffnen](#)" beschlossen. Ein wichtiger Bestandteil des Programms ist der Ausbau der Sprachförderangebote für Asylsuchende. Dafür stehen insgesamt 4,65 Mio. Euro zur Verfügung. Am 17. Juli trat das Programm mit der "[Verwaltungsvorschrift Deutsch für Flüchtlinge](#)" in Kraft. Diese enthält die Einzelheiten zum Aufbau der Sprachkurse. Antragsberechtigt und verantwortlich für die Durchführung sind die Stadt und Landkreise. Darüber hinaus ist im Rahmen des Programms „Chancen gestalten“ die Erfassung von Kompetenzen und Qualifikationen, die Bildung von arbeitsmarktlichen Integrationsnetzwerken unter Leitung der Stadt- und Landkreise und die Erleichterung des Zugangs zu Praktika geplant. [Weiterlesen ...](#)

13.07.2015 Zwei Sammelabschiebungen pro Woche aus Baden-Württemberg in die Balkanstaaten

In der Folge des „Asylkompromisses“ (Sichere-Herkunftsstaaten-Regelung zu Serbien, Mazedonien und Bosnien-Herzegowina) sowie der Asylschnellverfahren bei Flüchtlingen aus dem Kosovo intensiviert das Land Baden-Württemberg seine Rückkehr- und Abschiebepaxis erneut. In den folgenden Wochen soll es deswegen pro Woche jeweils 2 Sammelabschiebungen ab Baden-Airpark geben. **Die nächste Sammelabschiebung nach Serbien und Mazedonien ist für 10. August vorgesehen.** [Weiterlesen ...](#)

Wenn Sie Betroffene kennen, die akut von der Abschiebung bedroht sind, können Sie prüfen, ob gemäß der "[Leitlinien des Innenministerium Baden-Württemberg für die Rückkehr- und Abschiebepaxis im Land](#)" vom 24.3.15 Abschiebungshindernisse vorliegen und gegebenenfalls einen schriftlichen Antrag auf Aussetzung der Abschiebung stellen. Bei Unterstützungsbedarf können Sie sich an die Geschäftsstelle des Flüchtlingsrats wenden.

02.08.2015 Landkreise locken Balkanflüchtlinge mit "Rückkehrprämien"

Der Landkreis Lörrach gewährt Asylsuchenden aus Balkanstaaten sog. Rückkehrprämien im Umfang von zwei Monaten Sozialleistungen, wenn sie sich zur Rücknahme des Asylantrags und schließlich zur freiwilligen Ausreise bereit erklären. Die Zahlung wird allerdings an die Bedingung geknüpft, dass sich die Betroffenen verpflichten, später nicht wiederzukommen und falls sie dies doch tun, zur Rückzahlung verpflichtet sind. Nach einem Bericht der Badischen Zeitung hätten 107 von 361 aktuell im Kreis untergebrachten Balkanflüchtlinge dieses Angebot bereits angenommen und würden in Kürze ausreisen. Andere Landkreise haben offenbar vor, dem Lörracher Modell zu folgen. Der Kreis Lörrach will mit dieser Politik die Probleme bei der Unterbringung von Asylsuchenden entlasten. [Weiterlesen ...](#)

25.06.2015 100 FellbacherInnen verhindern Dublin-Abschiebung nach Italien

Die Dublin-Abschiebung von Moudoulamin C. aus Gambia nach Italien wollten 100 FellbacherInnen nicht hinnehmen und organisierten eine friedliche Aktion "zivilen Gehorsams" gegen die geplante nächtliche Abschiebung. Ab 1 Uhr morgens versammelten sich die UnterstützerInnen vor und in der Fellbacher Container-Unterkunft mit Transparenten, Schildern, Kaffee und Tee. Wegen dieser großen Solidarität konnte die Polizei den Flüchtling nicht aus seinem Zimmer herausholen. Der Flüchtlingsrat Baden-Württemberg solidarisierte sich mit dieser Aktion des zivilen Ungehorsams

gegen die Dublin-Verordnung. Herr C., der bereits ein Freiwilliges Soziales Jahr in Fellbach absolviert, kann jetzt in Deutschland sein Asylverfahren durchführen, da zwischenzeitlich die Überstellungsfrist im Dublin-Verfahren abgelaufen ist.

[Weiterlesen ...](#)

30.07.2015 Demnächst Abschiebegefängnis in Pforzheim?

Landesinnenminister Reinhold Gall hat am 28. Juli mitgeteilt, dass die bisherige Jugendhaftanstalt in Pforzheim in ein Abschiebegefängnis umgewandelt werden solle. Der Standort sei insbesondere aufgrund der Nähe zu verschiedenen Flughäfen sowie wegen der guten Autobahnanbindung geeignet, so Gall. Pforzheims Oberbürgermeister Hager wendet sich gegen die Pläne des Landes, da sich der Standort *"in einem Stadtkreis ohne Polizeipräsidium und mitten in einem Wohngebiet"* befindet. Nach dem Umbau könnten 64 abgelehnte Asylbewerber/innen in dem Abschiebegefängnis Platz finden.

- 29.07.2015 Südwestrundfunk: ["Reaktionen auf Entscheidung der Landesregierung - Pforzheim will Ausgleich für Abschiebegefängnis"](#)

Berichte über die (lokale) Flüchtlingsarbeit in Baden-Württemberg finden Sie hier:

www.fluechtlingsrat-bw.de/fluechtlingsarbeit-bw.html

Informationen über aktuelle gerichtliche Entscheidungen im Asyl- und Flüchtlingsbereich finden Sie hier:

<http://fluechtlingsrat-bw.de/asylrechtsprechung.html> oder auf www.asyl.net

In aller Kürze:

17.06.2015 Kirchenasyl für zwei Flüchtlinge aus Müllheim: 17.06.15 Badische Zeitung ["Abschiebedrama zeigt Grenzen der Integration"](#)

15.07.2015 [Nürtinger Flüchtlingsinitiativen kritisieren weitere Ausgrenzung bestimmter Flüchtlingsgruppen](#)
Ungleiche Behandlung und Isolierung als verwerflich beurteilt. [Weiterlesen ...](#)

- 15.07.2015 Stuttgarter Zeitung: *"Erst Flucht, dann Langeweile"* Erleichterung beim Arbeitsmarktzugang für Flüchtlinge - Fehlanzeige? Erfahrungen des Arbeitskreis Asyl Benningen

- 19.07.2015 **Online-Petition für ein Bleiberecht der mazedonischen Familie Elezovikj**

- 19.07.2015 [Bleiberecht für den Roma-Balkan-Express!](#) **Online-Petition**

20.07.2015 **Brandanschlag in geplanter Flüchtlingsunterkunft in Remchingen** In der Nacht zum 18. Juli wurde ein Brandanschlag auf eine geplante Flüchtlingsunterkunft in Remchingen (Enzkreis) verübt. Die Behörden gehen von einem rassistischen Hintergrund aus. [Weiterlesen ...](#)

- **31.07.2015 Innenministerium BW: "Polizeipräsenz an Flüchtlingsunterkünften"**

Wie das baden-württembergische Innenministerium berichtet, wird der Polizeieinsatz an Flüchtlingsunterkünften ab sofort mit bis zu 100 weiteren PolizistInnen ausgeweitet. Innenminister Gall sagte, dass *"alle Asylbewerber Anspruch auf unseren Schutz haben. Hass und Ausgrenzung haben bei uns keinen Platz."* Die Polizei solle aber auch verstärkt gegen gewalttätige Auseinandersetzungen innerhalb von Unterkünften vorgehen.

-31.07.2015 Südkurier: *„Lieber sterben statt zurückzugehen: Das grausame Schicksal von Flüchtlingen“*

- 05.08.2015 kontextwochenzeitung.de: **Das Leid der 1000 Frauen.** Rund 250 traumatisierte IS-Opfer aus dem Nordirak hat Grün-Rot in einem Sonderprogramm nach Baden-Württemberg geholt - 1000 sind das Ziel. Der Therapeut der Frauen sagt, ihr Schicksal bringe einen an den Rand des Verstehens

2. THEMEN & INFORMATIONEN ÜBERREGIONAL

Informationen zur Asyl-, Flüchtlings- und Migrationspolitik BaWü / BRD / EU...

03.08.2015 **Höchste Zahl an Asylanträgen, höchste Zahl an nicht bearbeiteten Anträgen**

Mit 79.000 Asylantragsteller/innen (BaWü: 7.100) gab es im Juli 2015 laut BAMF-Präsident Schmidt einen "Allzeitrekord". Im ersten Halbjahr 2015 haben in Deutschland knapp 180.000 Menschen einen Asylantrag gestellt, darunter knapp 20.000 Asylfolgeanträge. Hauptherkunftsland ist mit weitem Abstand Syrien. Aus den Balkanstaaten Serbien, Mazedonien, Bosnien, Kosovo, Montenegro und Albanien stammen 33% aller Asyl-Erstantragsteller/innen, wobei die Zahl der Flüchtlinge aus dem Kosovo seit März 2015 wieder deutlich zurückgegangen ist. Die Gesamtschutzquote beträgt im 1. Hj 2015 36,1 %. Die Zahl der vom BAMF unbearbeiteten Asylanträge ist mit ca. 209.000 doppelt so hoch als noch 2014. [Weiterlesen ...](#)

04.08.2015 **Bleiberechtsgesetz: Ein wenig Licht und jede Menge Schatten**

„Gesetz zur Neubestimmung des Bleiberechts und der Aufenthaltsbeendigung“ in Kraft

Nach mehrjährigem Vorlauf ist das Gesetz zur Neubestimmung des Bleiberechts und der Aufenthaltsbeendigung am 01.08.2015 in Kraft getreten. Bei der Vorstellung des Gesetzes formulierte Innenminister De Maizière dessen Zielsetzung unmissverständlich: *"Das Gesetz enthält zwei klare Botschaften: Bleiberecht für gut integrierte und rechtstreuere Ausländer einerseits und Aufenthaltsbeendigung für diejenigen, die nicht schutzbedürftig sind, andererseits"*. Die Härte gegenüber letzterer Gruppe sei seiner Ansicht nach nötig, um *"die Zustimmung zur Zuwanderung und der Aufnahme von Schutzbedürftigen in Deutschland zu sichern"*. Dieser Argumentation entsprechend enthält das Gesetz einige Erleichterungen für bestimmte Gruppen von Langzeitgeduldeten sowie zahlreiche Verschärfungen, die die Beendigung des Aufenthalts von abgelehnten Asylbewerber/innen, insbesondere jenen aus den sogenannten "sicheren Herkunftsstaaten", erleichtern sollen. [Weiterlesen ...](#)

31.07.2015 **Aussetzung der Abschiebung bei Ausbildungsverhältnis möglich**

Personen über 21 Jahre und Personen aus sog. sicheren Herkunftsstaaten sollen aber ausgeschlossen werden. Im Rahmen des "Gesetzes zur Neubestimmung des Bleiberechts und der Aufenthaltsbeendigung" wurde auch eine Änderung des § 60 a Aufenthaltsgesetz (Aussetzung der Abschiebung, Duldung) beschlossen. Demnach sollen Personen im Duldungsstatus eine auf ein Jahr ausgestellte Duldung erhalten können, wenn sie eine qualifizierte Berufsausbildung begonnen haben. Die Duldung soll dann bei weiter bestehendem Ausbildungsverhältnis verlängert werden. Dies soll aber nicht für Personen gelten, die älter als 21 Jahre sind und ebenso nicht für Personen, die aus den sog. "sicheren Herkunftsstaaten" kommen. Die Regelung kommt den Interessen von Wirtschaftsverbänden und Arbeitgebern entgegen. Diese fordern jedoch nach wie vor aufenthaltsrechtliche Sicherheit durch Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis im Fall eines Ausbildungsverhältnisses. [Weiterlesen ...](#)

30.07.2015 **Anspruch auf Familiennachzug zu subsidiär Schutzberechtigten gilt auch für alle**

„Altfälle“ ab dem 01.01.2011! ACHTUNG: Drei-Monatsfrist beginnt mit Inkrafttreten des Gesetzes!!!

Mit Inkrafttreten des Gesetzes zur Neubestimmung des Bleiberechts und der Aufenthaltsbeendigung („Bleiberechtsgesetz“) am 01.08.2015 haben alle subsidiär Schutzberechtigten, denen dieser Status seit dem 01.01.2011 unanfechtbar zuerkannt wurde, einen Anspruch auf Nachzug der „Kernfamilie“. Voraussetzung ist, dass der Antrag auf Familiennachzug innerhalb von drei Monaten gestellt wird. Nur dann ist zwingend vom Nachweis ausreichenden Wohnraums und der Lebensunterhaltssicherung abzusehen. **Wichtig:** Einheitlicher Fristbeginn für alle „Altfälle“ war das Datum der Gesetzesverkündung am 01.08.2015. **Fristablauf ist damit der 01.11.2015.** [Weiterlesen ...](#)

29.07.2015 **Erleichterter Zugang zu Praktika für Asylsuchende und Geduldete**

Asylsuchende und Geduldete sollen in Zukunft leichter Praktika absolvieren können. Eine entsprechende Änderung der Beschäftigungsverordnung hat das Bundeskabinett bereits beschlossen. Das geht aus einer aktuellen Presserklärung des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales (BMAS) vom 29.07.2015 hervor. [Weiterlesen ...](#)

08.07.2015 **Gesetzesentwurf: Quotenregelung für unbegleitete Minderjährige**

Das Familienministerium hat einen Gesetzesentwurf zur „Unterbringung, Versorgung und Betreuung ausländischer Kinder und Jugendlicher“ vorgelegt. Daraus geht unter anderem hervor, dass in Zukunft unbegleitete Minderjährige Flüchtlinge per Quote auf Bundesländer und Kommunen verteilt werden sollen und nicht wie bisher im Bundesland ihrer Ankunft bleiben dürfen. Der Entwurf soll die aktuelle Situation der Überbelegung in Ballungszentren wie dem Stuttgarter Raum entspannen. PRO ASYL kritisiert die Pläne scharf: „Weil Bund und Länder nicht in der Lage sind, einen fairen Finanzausgleich zu errechnen, werden nun Kinder umhergeschoben.“ [Weiterlesen ...](#)

01.08.2015 **Rassistische Anschläge: Pro Asyl fordert Sofortmaßnahmen**

Die Zahl der rassistischen Straftaten gegen Flüchtlingsunterkünfte im Jahr 2014 hat sich mit 170 gegenüber dem Vorjahr mehr als verdreifacht – 2013 waren es laut Verfassungsschutz 55. Auch im ersten Halbjahr 2015 (Stand 28.6.2015) gab es laut Bundesinnenministerium bereits 150 gegen Flüchtlingsunterkünfte gerichtete Straftaten, wie

kürzlich auch in Remchingen (Enzkreis) und Balingen (Zollernalbkreis). In einer Presseerklärung vom 29. Juli fordert nun PRO ASYL sechs staatliche Sofortmaßnahmen zum Schutz der Flüchtlinge.

- 29.07.2015 PRO ASYL: "[Rechter Terror: Sechs Maßnahmen zum Schutz der Flüchtlinge](#)"

- 01.07.2015 [Rassistische Gewalt gegen Flüchtlinge steigt dramatisch](#) Der Verfassungsschutzbericht 2014 verzeichnet einen eklatanten Anstieg rechter Gewalttaten

29.07.2015 **Flüchtlinge aus Balkanländern: Flucht ohne Gründe?**

Asylsuchende aus den Westbalkanstaaten haben in Deutschland im Asylverfahren so gut wie keine Chance auf Anerkennung. Andere europäische Länder erkennen die Fluchtgründe für Menschen aus Ex-Jugoslawien deutlich häufiger an, wie Zahlen von Eurostat zeigen. [Weiterlesen ...](#)

29.07.2015 Huffington Post (Sebastian Christ): "[9 überraschende Fakten, die Ihr kennen müsst, bevor Ihr über Flüchtlinge vom Balkan urteilt](#)"

02.08.2015 **Bundesromaverband: Gedenkveranstaltung und bundesweite Aktionen gegen Abschiebungen von Roma am 2., 5 und 10. August 2015**

Anlässlich des Gedenktags zur Erinnerung an die Ermordung von nahezu dreitausend Roma in der Nacht vom 2. auf den 3. August 1944 im Konzentrationslager Auschwitz-Birkenau fordern der [Bundesromaverband](#) sowie Organisationen aus der Menschenrechtsarbeit und der Flüchtlingshilfe, dass Roma, die in Deutschland Asyl beantragen, - auch aufgrund der historischen Verantwortung gegenüber dieser auch in der Gegenwart in ganz Europa diskriminierten Minderheit - ein humanitäres Bleiberecht in Deutschland erhalten. Sie kritisieren, dass die Herkunftsländer dieser Menschen zu „sicheren Herkunftsstaaten“ erklärt wurden. Anlässlich dieses Gedenktags gibt es Informations-, Gedenkveranstaltungen und Aktionen in mehreren Städten. Geplant ist auch eine Aktion gegen die Sammelabschiebung nach Serbien und Mazedonien am Vormittag des 10.8. am Baden-Airpark Karlsruhe. Mehr Informationen: [Freiburger Forum aktiv gegen Ausgrenzung](#) [Weiterlesen ...](#)

18.06.2015 **Trauriger Rekord: Fast 60 Millionen Menschen weltweit auf der Flucht**

Weltweit waren Ende 2014 rund 59,5 Millionen Menschen auf der Flucht. Das geht aus dem UN-Jahresbericht „Global Trends 2014“ hervor, der anlässlich des Weltflüchtlingstags (20. Juni) veröffentlicht wurde. Ein Jahr zuvor hatten die Flüchtlingszahlen noch bei 51,2 Millionen Personen gelegen. Damit ist die Steigerung von 2013 auf 2014 die höchste, die jemals im Laufe eines Jahres vom UNHCR dokumentiert wurde. 13,9 Millionen Menschen wurden allein im Jahr 2014 neu vertrieben. UN-Flüchtlingskommissar António Guterres beschrieb die dramatische Entwicklung mit folgenden Worten: *"Wir geraten in eine Epoche, in der das Ausmaß der globalen Flucht und Vertreibung sowie die zu deren Bewältigung notwendigen Reaktionen alles davor Gewesene in den Schatten stellen"* [Weiterlesen ...](#)

18.05.2015 UNHCR: "[UNHCR Global Trends - Forced Displacement in 2014](#)"

23.06.2015 **Bulgarien: Inhaftierung von Flüchtlingen, Pushbacks und fehlende Inobhutnahme von UMF**

Bericht des Menschenrechtsbeauftragten des Europarats zur Lage in Bulgarien

Der Menschenrechtsbeauftragte des Europarats, Nils Muižnieks, veröffentlichte am 22. Juni 2015 infolge eines Besuchs in Bulgarien einen Bericht zur dortigen Menschenrechtssituation. Darin wird auch auf die Situation von Flüchtlingen eingegangen. Nils Muižnieks kritisiert insbesondere die Pläne der bulgarischen Regierung zur systematischen Inhaftierung von Asylsuchenden sowie die zunehmenden Fälle von Push-backs an der bulgarisch-türkischen Grenze. Außerdem bemängelt er, dass unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen in der Regel kein Vormund an die Seite gestellt wird.

- 22.06.2015 Europarat: "[Report by Nils Muižnieks \[...\] following his visit to Bulgaria from 9 to 11 February 2015](#)"

- 25.04.2015 PRO ASYL: "[Bulgaria: Brutal push-backs at the Turkish border](#)"

- 09.07.2015 Stuttgarter Zeitung: "[Engagiert, integriert, unerwünscht?](#)" Engagiertem Syrer droht Abschiebung nach Bulgarien

18.06.2015 **Ungarns Abschottung in vollem Gange**

Nachdem die Fidesz-Regierung in diesem Jahr bereits mehrmals aufgrund rassistischer Hetze kritisiert worden war, hat das Parlament Anfang Juli „das Gesetz zum Bau eines Zauns“ verabschiedet. Die 175 km lange und vier Meter hohe Anlage soll entlang der Ungarisch-Serbischen Grenze verlaufen und von Soldaten bewacht werden. [Weiterlesen ...](#)

In aller Kürze:

18.06.2015 Magazin Kontraste zum Thema Familiennachzug: "[Auswärtiges Amt lässt syrische Ehefrauen mit Kindern](#)"

im Stich"

19.06.2015 **Systemwechsel dringend erforderlich: Für die freie Wahl des Zufluchtslandes in der EU** Presseerklärung von PRO ASYL u.a. zum internationalen Tag des Flüchtlings (20.6.) [Weiterlesen ...](#)

19.06.2015 **Enttäuschende Ergebnisse des Flüchtlingsgipfels**

Abschiebung von Balkan-Flüchtlings aus der Erstaufnahme / Sprachkurse nur bei sog. "Bleibeperspektive" / Noch mehr "sichere Herkunftsstaaten" [Weiterlesen ...](#)

16.07.2015 [Newsletter des Bundesverbands Unbegleiteter Minderjähriger Flüchtlinge \(B-UMF\)](#)

20.07.2015 Presseerklärung PRO ASYL: **Aufnahme- und Verfahrensstandards für Asylsuchende: Deutschland setzt europäisches Recht nicht um.** Die deutsche Bundesregierung weigert sich europäische Standards aus den EU-Asylrichtlinien umzusetzen. PRO ASYL fordert eine schnelle und flüchtlingsfreundliche Umsetzung und erwartet von der Europäischen Kommission ein Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland. [Weiterlesen...](#)

[22.07.2015 EU verfehlt Verteilungsziel](#) Das EU-Gipfeltreffen am 26. Juni bedeutete das endgültige Aus für die verpflichtende Verteilung von 60.000 Flüchtlingen auf die Mitgliedstaaten der Europäischen Union

29.07.2015 Bayerischer Flüchtlingsrat: **"Arbeitsverbote sind Makulatur. Europäische Richtlinie verbietet Arbeitsverbote zur Abschreckung"**

29.07.2015 migazin.de: **Deutschlands erste Online-Jobbörse für Flüchtlinge gestartet**

31.07.2015 Bayerischer Flüchtlingsrat: **"Manching: Balkan-Sonderlager mit Abschiebeflughafen"**

04.08.2015 Bayerischer Flüchtlingsrat: **"Balkan-Sonderlager beschleunigen gar nichts. Zum Bericht aus der Kabinettsitzung vom 4.8.15"**

- 05.08.2015 migazin.de: **„Immer mehr Übergriffe auf Flüchtlingsheime. Balkan-Länder streichen Deutschland aus der Liste der sicheren Staaten“**

3. NEUE PUBLIKATIONEN / MATERIALIEN

Juli 2015: Sachverständigenrat Migration: [Kurzinformation "Junge Flüchtlinge - Zugang zu Bildung und Ausbildung sicherstellen" \(PDF\)](#)

18.06.2015 [3. Bildungsbericht 2015](#) Zahlen und Fakten zur Sprachförderung von Flüchtlingskindern. [Weiterlesen ...](#)

Basisinformation: Das Asylverfahren in Deutschland

Der Informationsverbund Asyl und Migration (www.asyl.net) veröffentlicht in loser Folge Basisinformationen für Haupt- und Ehrenamtliche in der Asylberatung. Die Nr. 1 der Basisinformationen (Stand: Juli 2015) behandelt das Asylverfahren in Deutschland.

- Juli 2015 Informationsverbund Asyl und Migration: [Basisinformation "Das Asylverfahren in Deutschland" \(PDF\)](#)

Hilfen für den Umgang mit traumatisierten Flüchtlingen

Handout für ehrenamtlich Engagierte von Dipl.Psych. Ulrike Schneck, refugio Tübingen

Bei ihrer Arbeit begegnen Ehrenamtliche oftmals auch traumatisierten Flüchtlingen. Traumatische Erlebnisse aus der Heimat oder auf der Flucht können vielfältige Auswirkungen in der Gegenwart haben und sich auch im Verhalten gegenüber Ehrenamtlichen äußern. Manchmal berichten Flüchtlinge auch von ihren existentiellen Ängsten und ihren Erfahrungen, dies kann auch bei ehrenamtlichen Begleitern zu Belastung, Sorgen und Betroffenheit führen. Dipl. Psych. Ulrike Schneck von der Regionalstelle Tübingen von refugio stuttgart zeigte im Rahmen ihres Vortrags im Landratsamt Tübingen am 16.06.2015 die Möglichkeiten für den Umgang mit traumatisierten Flüchtlingen auf. Was ist ein psychisches Trauma? Welche Besonderheiten gibt es im Zusammenhang mit Flucht und Migration und was sollten ehrenamtliche Unterstützende beachten? Ein wichtiges Thema dabei ist auch die Wahrung eigener Grenzen im Umgang mit traumatisierten Flüchtlingen.

- Juni 2015 refugio Tübingen (Ulrike Schneck): [Handout "Hilfen für den Umgang mit traumatisierten Flüchtlingen" \(PDF\)](#)

20.07.2015 **Das tip doc Gesundheitsheft für Flüchtlinge**

Der Verein für Bild und Sprache e.V. hat ein Gesundheitsheft für Asylsuchende herausgegeben, das Arbeitsblätter für die Beratung von Asylsuchenden, mehrsprachige Anschreiben und Bildtafeln zu verschiedenen gesundheitsrelevanten Aspekten herausgegeben. Weitere Informationen gibt es auf der [Homepage des Setzer Verlags](#).

Literaturtip: **Maria Braig: Amra und Amir. Abschiebung in eine unbekannte Heimat.** Mehr Informationen: <http://www.maria-braig.de/>

4. VERANSTALTUNGSHINWEISE

Wir veröffentlichen hier Veranstaltungen mit landesweitem oder überregionalem Bezug. Weitere Veranstaltungshinweise (Fortbildungen, Veranstaltungen mit regionalem Bezug) finden Sie auf der Homepage

Fortbildung: Dublin III-Verordnung - was tun?

Samstag, 01.08.15 in Freiburg / Freitag, 25.09.15 in Mannheim / Freitag, 23.10.2015 in Stuttgart / Samstag, 24.10.15 in Reutlingen

Zu Programm und Anmeldung: [Weiterlesen ...](#)

Flüchtlinge auf dem Weg nach Europa - Asylpolitik zwischen Abschreckung und Willkommenskultur

Freitag, 18. September bis Sonntag, 20. September, Evangelische Akademie Bad Boll

Die diesjährige Jahrestagung zum Thema Flüchtlingsschutz der Evangelischen Akademie Bad Boll in Kooperation mit dem Flüchtlingsrat Baden-Württemberg, der Evangelischen Akademie Baden und Pro Asyl widmet sich den beiden Polen, zwischen denen die Flüchtlingspolitik derzeit permanent zu schwanken scheint: Willkommenskultur und Abschreckung. Die Tagung richtet sich insbesondere an Ehrenamtliche und Hauptamtliche im Flüchtlingsbereich. Flyer Einladung Tagung Bad Boll: "[Flüchtlinge auf dem Weg nach Europa - Asylpolitik zwischen Abschreckung und Willkommenskultur](#)"

Interkulturelle Woche vom 27.09. bis 03.10.

Unter dem Motto "Vielfalt. Das Beste gegen Einfalt" steht die diesjährige interkulturelle Woche vom 27. September bis 3. Oktober. Der Tag des Flüchtlings am 27. September steht unter dem Motto "refugees welcome". Unter www.interkulturellewoche.de können Materialien bestellt und Veranstaltungen angemeldet werden.

Jugendarbeit für und mit jungen Flüchtlingen

Freitag, 2. Oktober 2015, 10:00 - 17:30, Polizeipräsidium Stuttgart Hahnemannstraße 1, Stuttgart

Der Landesjugendring veranstaltet am 2. Oktober in Kooperation mit Jugendliche ohne Grenzen, dem Bund der Deutschen Katholischen Jugend und dem Polizeipräsidium Stuttgart einen Fachtag zum Thema "Jugendarbeit für und mit jugendlichen Flüchtlingen". Beim Fachtag sollen ehren- und hauptamtliche Mitarbeiter/innen der Jugendverbände gemeinsam mit den Partnern aus der Kinder- und Jugendarbeit und Fachkräften in der Kinder- und Jugendhilfe diskutieren, Praxisbeispiele vorstellen, Ideen zur Strategieentwicklung für die Teilhabe junger Menschen mit Fluchterfahrung sammeln und für einen landesweiten Erfahrungstransfer sorgen.

- [Flyer Fachtag "Jugendarbeit für und mit jungen Flüchtlingen"](#)

Tagung 2015: "We shall overcome!" Gewaltfrei aktiv für die Vision einer Welt ohne Gewalt und Unrecht. Drei biografische Zugänge

Samstag, 17. Oktober Sonntag, 18. Oktober 2015 in Gammertingen

Veranstalter und mehr Informationen: [Lebenshaus Schwäbische Alb](#)

Weitere auch lokal bezogene Veranstaltungen finden Sie hier: <http://fluechtlingsrat-bw.de/veranstaltungen.html>

In eigener Sache:

30.07.2015 Text- und Bildbeiträge von Flüchtlingen für den Rundbrief des Flüchtlingsrates gesucht

Von 2004 bis 2007 gab der Flüchtlingsrat zum Tag des Flüchtlings eine Zeitschrift mit Beiträgen von Flüchtlingen ("xclusiv") heraus. In diesem Jahr würden wir diese Tradition gerne wiederaufleben lassen, benötigen dafür aber die

Unterstützung von den Ehrenamtlichen, die sich lokal für Flüchtlinge engagieren. Die Zeitschrift soll aus Text- bzw. Bildbeiträgen von Flüchtlingen selbst bestehen. Die Texte können in der Muttersprache der Flüchtlinge verfasst werden. Falls eine Übersetzung mitgeliefert werden kann, wäre das hilfreich. Andernfalls kann sich der Flüchtlingsrat um eine Übersetzung kümmern. Über die Zusendung von Beiträgen bis zum 21. August 2015 an info@fluechtlingsrat-bw.de freuen wir uns sehr. Anschreiben an die Freundeskreise und Mitglieder: "[Text-/ Bildbeiträge von Flüchtlingen für den Rundbrief des Flüchtlingsrates](#)"

Last call: Neuauflage der Kontaktadressenbroschüre für die Flüchtlingsarbeit in BW

Der Flüchtlingsrat Baden-Württemberg bringt eine Neuauflage der Kontaktadressenbroschüre für die Flüchtlingsarbeit in Baden-Württemberg heraus. Auf der [Homepage des Flüchtlingsrats](#) können Sie überprüfen, ob Ihre Adresse bereits veröffentlicht ist oder nicht. **Falls Ihre Adresse darin bisher nicht veröffentlicht ist und Sie eine Veröffentlichung wünschen, bitten wir Sie, bis spätestens zum 30.8.2015 Ihre Kontaktdaten in folgendem Formular einzutragen: [zum Onlineformular](#)**

Bedarf an einer Fortbildung für die Flüchtlingsarbeit?

Beim Flüchtlingsrat können Sie ReferentInnen für Informationsveranstaltungen und Fortbildungen/Qualifizierungen im Bereich des Asylrechts und der Flüchtlingsarbeit anfragen. Vor allem im Rahmen unserer EU-geförderten Projekte haben wir Fortbildungsveranstaltungen entwickelt und praktisch durchgeführt. Derzeit werden die von uns angebotenen Fortbildungen insbesondere über Fördermittel des Landes Baden-Württemberg unterstützt. Bitte melden Sie sich in unserer [Geschäftsstelle](#), wenn Sie Interesse an einer Veranstaltung oder Fortbildung haben. Nähere Informationen finden Sie hier: <http://aktiv.fluechtlingsrat-bw.de/fortbildungsangebot.html>

Solidarität braucht Solidarität: Spenden Sie für die Arbeit des Flüchtlingsrats Baden-Württemberg: [Zum Online-Spendenformular](#)

Impressum

FLÜCHTLINGSRAT BADEN-WÜRTTEMBERG

Geschäftsstelle, Hauptstätter Str. 57 - 70178 Stuttgart

Tel.: 0711 - 55 32 83-4 -- Fax.: 0711 - 55 32 83-5

E-Mail: info@fluechtlingsrat-bw.de

Web: www.fluechtlingsrat-bw.de

Solidarität braucht Solidarität!

Unterstützen Sie unsere politische und praktische Arbeit für Flüchtlinge durch eine Mitgliedschaft, eine Fördermitgliedschaft oder eine Spende an: Flüchtlingsrat Baden-Württemberg e.V. , GLS Bank, BLZ 430 609 67, Kto. Nr. 70 07 11 89 01, IBAN: DE66 4306 0967 7007 1189 01, BIQ: GENODEM1GLS

AutorInnen der Beiträge: Andreas Linder, Melanie Skiba, Sebastian Röder, Laura Gudd, Johannes Moll, Julian Staiger, Felix Heimbach

Redaktionelle Bearbeitung: Ulrike Duchrow, Ute Schlipf

Der Newsletter erscheint im zweimonatigen Turnus.

Unsere bisherigen Newsletter finden Sie auf unserer Website unter <http://fluechtlingsrat-bw.de/e-mail-news.html>

Wenn Sie den Newsletter abbestellen wollen, schicken Sie uns bitte eine E-Mail an info@fluechtlingsrat-bw.de.

Der Newsletter wird im Rahmen des Projekts „aktiv für Flüchtlinge“ gefördert durch das Land Baden-Württemberg, Ministerium für Integration. Der Flüchtlingsrat BW wird außerdem unterstützt durch PRO ASYL, das Diakonische Werk Württemberg, der Evangelischen Kirche Baden und die Diözese Rottenburg-Stuttgart.